

Bibliographische Angaben:

Böhle, Fritz; Sauer, Dieter (1975): Replik auf die Bemerkungen von Claus Offe zum obigen Aufsatz. In: Leviathan, Heft 2/1975.

Replik

auf die Bemerkungen von Claus Offe zu Böhle/Sauer, *Intensivierung der Arbeit und staatliche Sozialpolitik*, in *Leviathan* 1/1975

Die Bemerkungen von Offe enthalten eine Reihe von Mißverständnissen und kontroversen Positionen, die nochmals eine Klarstellung und Präzisierung unserer wichtigsten Thesen zum Zusammenhang von staatlicher Sozialpolitik und kapitalistischem Produktionsprozeß sinnvoll erscheinen lassen. Die Mehrzahl der Fragen und Einwände beziehen sich auf den theoretisch-methodischen Ansatz und den politischen Gehalt unserer Analyse.

I. Unser Ansatzpunkt sind gegenwärtig auftretende sozial- und arbeitsmarktpolitische Probleme, und hier vor allem die Problematisierung von betrieblichen Arbeitsbedingungen. Unsere empirisch-historischen und theoretischen Untersuchungen verfolgen dabei das Ziel, die Rolle staatlicher und gewerkschaftlicher Aktivitäten im Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die politisch-strategische Bedeutung dieser Auseinandersetzungen zu klären.

(1) Unsere Skepsis gilt dabei zunächst der oft erfolgenden Gleichsetzung gegenwärtiger Formen der Nutzung von Arbeitskraft mit der kapitalistischen Produktionsweise schlechthin und den darauf basierenden kurzschlüssigen Interpretationen, in denen der Kampf um die Veränderung bestehender Arbeitsbedingungen zum Kampf um die Aufhebung des Kapitalverhältnisses selbst hochstilisiert wird.

Die historische Analyse der Entwicklung industrieller Arbeitsformen und die theoretische Unterscheidung spezifischer Methoden der Mehrwertproduktion sowie die Bestimmung ihrer unterschiedlichen Bedeutung für den kapitalistischen Akkumulationsprozeß weisen darauf, daß die Veränderung der Formen der Nutzung von Arbeitskraft selbst als Bewegungsmoment der historischen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen ist. Man kann deshalb nicht a priori aus-

schließen, daß technisch-organisatorische Veränderungen betrieblicher Produktionsprozesse, die sich mit dem Abbau bestehender Formen restriktiver Arbeitssituationen verbinden, durchaus mit dem Fortbestehen kapitalistischer Produktion vereinbar sind. Vielmehr stellt sich die Frage, ob sie nicht unter veränderten gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen gerade zu einer Steigerung der Mehrwertproduktion genutzt werden können.

(2) Dennoch besitzt auch für uns der Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zentrale Bedeutung. Er enthält die Möglichkeit zu einer Veränderung, die die materiellen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der Arbeiterschaft im Kampf um die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise verbessert, gerade im Hinblick auf die weitere objektive Entfaltung der Produktivkräfte (im Sinne ihrer Höherentwicklung). Für die politische Einschätzung der Veränderung von Arbeitsbedingungen scheint es uns von besonderer Bedeutung, sich daran zu erinnern, daß in der Marx'schen Analyse der widersprüchlichen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise das Kapital nicht nur in seiner destruierenden Wirkung bestimmt wird, sondern auch als treibende Kraft für die Herausbildung jener Momente, die über den beschränkten Zweck der Mehrwertproduktion hinausweisen. (Zu den Konsequenzen, die sich hieraus für die politische Einschätzung der Intensivierung der Arbeit und der Rolle staatlicher Sozialpolitik ergeben, siehe unten ausführlicher.)

(3) Unsere historisch-empirischen Analysen zum Zusammenhang von staatlicher Sozialpolitik und den Möglichkeiten der betrieblichen Nutzung von Arbeitskraft sowie die theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Staat und kapitalistischem Produktionsprozeß

verweisen aber darauf, daß die Veränderung der Formen der Nutzung von Arbeitskraft und die damit verbundene Entwicklung der Produktivkräfte nicht zwangsläufig und naturwüchsig erfolgen. Der historische Prozeß der Durchsetzung solcher Veränderung hängt davon ab, inwieweit und in welcher Form einzelkapitalistische Verwertungsstrategien den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß als Ganzen beeinträchtigen und darüber als Beschränkungen und als Zwang zur Veränderung auf den einzelkapitalistischen Produktionsprozeß zurückschlagen. Staatliche und gewerkschaftliche Aktivitäten wirken dabei als „Vermittlungsinstanzen“ und haben darin ihre objektive Bestimmung in der Entwicklung des kapitalistischen Gesamtprozesses. Dies darf jedoch nicht in mechanistischer Weise als Automatismus im Sinne eines „selbstregulativen Systems“ verstanden werden. Dieser Prozeß ist vielmehr an die notwendige subjektive Rolle der politischen Aktion gebunden. Veränderung von Arbeitsbedingungen ist damit unter kapitalistischen Bedingungen an den politischen Kampf der Arbeiterschaft gebunden. Unsere Analyse der Rolle staatlicher Sozialpolitik für die Durchsetzung und Entwicklung der Intensivierung der Arbeit verweist darauf, daß dieser Kampf nicht losgelöst vom Kampf um die Veränderung staatlicher Eingriffsformen, das heißt vom Kampf um sozialpolitische Reformen erfolgen kann.

II. Auf diesem Hintergrund halten wir die Kritik von Offe in mehrfacher Weise für unzutreffend und die seinen Einwänden zugrundeliegenden theoretischen Positionen für problematisch.

(1) Ausgangspunkt unserer Analyse der Entwicklung industrieller Arbeit ist die empirisch-historische Feststellung, daß seit den 20er Jahren hochstandardisierte und arbeitsteilige Produktionsprozesse und entsprechende einfache, stark restriktive Tätigkeiten eine wesentliche Form der betrieblichen Nutzung von Arbeitskraft darstellen. Auf der Grundlage der Marx'schen Analyse versuchen wir, dieses Phänomen auf den Begriff zu bringen und als Ausdruck einer spezifischen Methode der Mehrwertproduktion, der Intensivierung der Arbeit, auszuweisen. Intensivierung der Arbeit ist demnach ein auf der werttheoretischen Ebene ge-

faßter abstrakter Begriff (und nicht – wie Offe annimmt – als Unterscheidung zwischen speziellen Nutzungsformen von Arbeitskraft auf der Ebene von betrieblichen Strategien gewonnen oder gar aus einer Spaltung des Produktivitätsbegriffs). Die Intensivierung der Arbeit wird wie die Extensivierung aus dem widersprüchlichen Charakter der relativen Mehrwertproduktion abgeleitet; beide Formen sind nicht isoliert von ihr zu betrachten. Dies verbietet es auch, den Übergang von extensiven zu intensiven Formen der Nutzung von Arbeitskraft als platten historischen Ablauf zu rekonstruieren. Weder aus dem logischen Zusammenhang der beiden Kategorien noch aus der Analyse des historischen Durchsetzungsprozesses läßt sich diese schematische Abfolge begründen. Ebenso unzulässig ist die Offe'sche Interpretation der historischen Entwicklung der Mehrwertproduktion als Entscheidung über zwei mögliche Varianten: Die Intensivierung als „bornierte Tendenz“, die Produktivitätssteigerung als „progressive Tendenz“. Es gibt kein „entweder“ ... „oder“; Intensivierung ist an Produktivitätssteigerung gebunden und Produktivitätssteigerung selbst wiederum Ausgangspunkt neuer Intensivierungsformen. Da Offe die von uns vorgenommene Unterscheidung von Abstraktionsebenen nicht nachvollzieht, erhalten für ihn die allgemeinen Aussagen über die prinzipielle Bewegungstendenzen des kapitalistischen Produktionsprozesses eine falsche Unmittelbarkeit. Er unterstellt, daß die Frage von „borniert“ oder „emanzipatorisch“ sich für das Einzelkapital als Entscheidungsfrage, als Wahl zwischen alternativen Wegen darstellt. ~

Die werttheoretische Fassung des Intensivierungsbegriffs läßt sich jedoch nicht unvermittelt auf den einzelkapitalistischen und betrieblichen Produktionsprozeß anwenden. Die Einschätzung der historischen Bedeutung der Intensivierung der Arbeit erfolgt in unserem Aufsatz auf der Ebene der Bewegung und Entfaltung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Unser Verweis auf die kapitalimmanenten Schranken der relativen Mehrwertproduktion, deren Wirksamkeit im historischen Prozeß als Krisentendenz und die Bestimmung der Intensivierung als Gegenteil (zum tendenziellen Fall der Profitrate) ist dabei sicher

unzureichend. Es ist aber nicht als „analytischer Lückenbüßer“ (Offe), sondern als systematischer Hinweis, als Anforderung an weitere Analysen gedacht. Wir sind uns bewußt, daß eine Klärung der Ursachen für die historische Entwicklung intensiver Nutzungsformen von Arbeitskraft eine ökonomische Analyse des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zur Voraussetzung hätte.

(2) Wir haben jedoch weder die Absicht noch den Anspruch, eine vollständige Erklärung für die Intensivierung der Arbeit und ihre historische Durchsetzung zu liefern. Unser Interesse richtet sich vielmehr auf die Herausarbeitung und Klärung der zumeist vernachlässigten Rolle von Arbeitskraft, ihrer Verfügbarkeit, Nutzung, Zerstörung und Reproduktion in diesem Prozeß. Des weiteren auf die theoretische Rekonstruktion des Vermittlungszusammenhangs, über den die abstrakten Bewegungsmomente des kapitalistischen Gesamtprozesses im historischen Prozeß auf der Ebene des Betriebes und seiner Handlungsbedingungen verwirklicht und konstituiert werden. Das von uns verwendete Konzept der betrieblichen Strategie (worin betriebliches Verhalten als Ausdruck objektiver Strukturbedingungen – und *nicht* als intentionales Verhalten – gefaßt wird) erlaubt es – zumindest im Ansatz – empirische Erscheinungsformen betrieblicher Nutzung von Arbeitskraft systematisch zu erfassen und mit objektiven Entwicklungstendenzen kapitalistischer Produktion in Beziehung zu setzen (damit eine Analyseebene zu eröffnen, die von den bisherigen ökonomischen Analysen nicht erfaßt wird).

Konkrete betriebliche Formen des Einsatzes und der Nutzung von Arbeitskraft werden auf dem Hintergrund eines solchen Konzeptes weder als Ausdruck „bewußter strategischer Handlungen von einzelnen Akkumulationsagenten“ (Offe) noch im Sinne eines Modells betrieblicher „Verwertungskalküle“ erklärt, sondern als Resultat von objektiv gerichteten Strategien des Einzelkapitals bestimmt, in der das Einzelkapital sich auf die jeweiligen Bedingungen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses (vermittelt über Konkurrenz und politische Aktion) einstellt und entsprechend verhält.

Die Bestimmung der Vorteile der intensiven Nutzung von Arbeitskraft für die Betriebe

werden damit nicht aus einem wie immer bestimmten rationalen Verhalten des Betriebes abgeleitet, sondern sind Ausdruck objektiver Strategiemomente, in die die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen bereits mit eingegangen sind. Sozialpolitische Maßnahmen werden in diesem Sinne von uns nicht einfach einseitig als Antwort des Staates auf einzelkapitalistische Anforderungen interpretiert, sondern als staatliche Lösungsformen der durch schrankenlose einzelkapitalistische Verwertungsstrategien bedingten gesellschaftliche Probleme, die dann selbst wiederum als äußere Bedingungen und Voraussetzungen auf das Einzelkapital zurückwirken.

(3) Die These, daß die staatliche Sozialpolitik eine wichtige Voraussetzung für die historische Durchsetzung und Entwicklung der Intensivierung der Arbeit darstellt, ist aus unseren empirisch-historischen Arbeiten entwickelt worden. Unsere Absicht ist dabei zunächst, bisher meist vernachlässigte sozialpolitische Bedingungen aufzuzeigen, die die historische Durchsetzung der Intensivierung der Arbeit begünstigen, ohne diese Bedingungen selbst in ihrer historischen Genese zu untersuchen. Unser expliziter Hinweis, daß diese sozialpolitischen Maßnahmen historisch vor dem Einsetzen der „Rationalisierungswelle“ herausgebildet und auf die Lösung anderer Probleme (Soziale Frage) ausgerichtet waren, sollte jedoch hinlänglich klargemacht haben, daß wir nicht von einer platten Gegenüberstellung und funktionaler Beziehung von einzelbetrieblichen Verwertungsanforderungen und staatlichen Maßnahmen ausgehen (vgl. auch die Ausführungen zum Konzept betrieblicher Strategien).

(4) Wir beabsichtigen auch in keiner Weise nachzuweisen, daß die „Welt lückenlos in Ordnung ist“ bzw. in der Vergangenheit war. Einer solchen Interpretation sind vielmehr all jene Theoretiker (wie z.B. Offe selber) anheimgefallen, die aus dem ohne Zweifel empirisch konstatablen Phänomen der Stabilisierung des Kapitalismus auf der Grundlage staatlicher Interventionen und wirtschaftlicher Prosperität zugleich auch eine Ausblendung, Stilllegung oder auch Verlagerung der grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet haben. Unsere Analyse der gegenwärtigen arbeitsmarkt- und sozialpoliti-

schen Probleme – die wir übrigens nicht, wie Offe es uns unterstellt, aus normativen Postulaten ableiten (in dieser Sicht hat es diese Probleme schon immer gegeben), sondern als Folgen vergangener Entwicklung objektiv bestimmen (Verknappung von Arbeitskraft, abnehmende kompensatorische Funktion monetärer Leistungen etc.) – verweist gerade darauf, daß die Welt in der Vergangenheit nicht lückenlos in Ordnung war, sondern daß sich auf dieser Grundlage die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise in neuer Form entfaltet hat. Die in dieser Entwicklung enthaltene und zum Ausdruck kommende Widersprüchlichkeit läßt sich jedoch nicht mit einem Konzept von Widerspruch als einfachem Gegensatz oder Systemdisfunktionalität erfassen. Die historisch-gesellschaftliche Erscheinung der Stabilisierung und deren „brüchig werden“ ist vielmehr Ausdruck der Lösung (nicht Aufhebung) und Entfaltung der Widersprüche der Mehrwertproduktion und kann daher nur mit einer dialektischen Fassung des Widerspruchs theoretisch-begrifflich und damit auch in der historisch-empirischen Analyse erklärt werden.

(5) Nimmt man das Konzept des Widerspruchs in diesem Sinne ernst und benutzt es nicht nur als polit-ökonomische Metapher, so erweist sich auch die „alte“ Frage danach, ob die Sozialpolitik „systemstabilisierend“ oder „systemüberwindend“ wirkt, wie aber auch die sublimere Fassung dieser Frage nach dem „subversiven Reformismus“ (Offe) als bereits im Ansatz falsch. Die Rolle der Sozialpolitik läßt sich genauso wie die Entwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistischer Grundlage nicht in den Kategorien des „entweder . . . oder“ bestimmen.

Der emanzipatorische Charakter von sozialpolitischen Reformen läßt sich nicht aus dem unmittelbaren Gegensatz zum Kapital, aus den das Kapital schädigenden Wirkungen bestimmen, sondern nur aus ihrer Beziehung zu den progressiven, der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Tendenzen, die die Grundlagen der Entfaltung des Kapitals sind, zugleich aber über den beschränkten Zweck der Mehrwertproduktion hinausweisen. Das Offe'sche Konzept der „systemfremden Elemente“ bzw. der Gegenstrukturen, läßt diesen Zusam-

menhang unberücksichtigt. Immer wenn bei diesem Konzept vermeintlich identifizierte „Gegenstrukturen“ und emanzipatorische Momente sich als dem Kapital nützlich erweisen bzw. durch das Kapital genutzt werden, müssen sie zwangsläufig ihren ursprünglich unterstellten und ihnen zugewiesenen „emanzipatorischen“ Charakter verlieren. Ein solches Konzept versperrt a priori die Möglichkeit, emanzipatorische Potentiale als Bezugspunkte politischer Strategien zu identifizieren, die sich in ihren unmittelbaren Wirkungen als dem Kapital nützlich erweisen. Die Ausblendung der Beschäftigung mit Sozialpolitik genauso wie deren „eindimensionale“ Bestimmung als systemstabilisierend und als politische Ersatzprogrmmatik von Vertretern der „kritischen Theorie“ scheint uns dafür symptomatisch.

Umgekehrt scheint uns aber auch der von Offe selbst eingeschlagene Weg, im Bereich staatlicher Institutionen unmittelbare Gegenstrukturen („systemfremde Resultate einer systeminternen Bewegung“) zu lokalisieren, die objektive Bedeutung staatlicher Interventionen für die Aufrechterhaltung und Entfaltung der Mehrwertproduktion zu verkennen.

(6) Unsere Analyse gegenwärtig auftretender Defizienzen staatlicher Sozialpolitik hinsichtlich der Aufrechterhaltung intensiver betrieblicher Nutzung von Arbeitskraft ist für Offe zwar plausibel, da sie seinem Konzept der „funktionalen Diskrepanzen“, seiner These von den notwendig das Kapital schädigenden Wirkungen staatlicher Interventionen, zu entsprechen scheint. Für ihn steht aber die Analyse der gegenwärtigen Probleme im Gegensatz zu unserer Analyse der historischen Rolle der Sozialpolitik als Voraussetzung für die Entwicklung intensiver Nutzungsformen von Arbeitskraft; er sieht keinen Ansatzpunkt für Erklärung der veränderten Probleme staatlichen Handelns. Diese Veränderung entspricht der Entwicklung des „Gegenstandes“ selbst; sie ist nicht – wie Offe unterstellt – Resultat unterschiedlicher Sichtweisen („retrospektive versus prospektive Analyse“): Sie ist vielmehr Ausdruck der der kapitalistischen Produktionsweise immanenten Widersprüchlichkeit (zwischen Anforderungen an die Reproduktion von Arbeitskraft und deren gleichzeitigen Beschränkung). Diese findet im historischen Prozeß in

der intensiven Nutzung von Arbeitskraft und staatlicher Sozialpolitik eine Bewegungs- und Lösungsform, die sich auf dieser Grundlage aber auch entwickelt und entfaltet (Ausweitung der intensiven Nutzung von Arbeitskraft). Hierin liegt der Grund, daß die historisch herausgebildeten sozialpolitischen Lösungsformen „brüchig werden“, und daß gesellschaftliche Probleme entstehen, die staatliche Sozialpolitik auf der Grundlage intensiver Nutzungsformen von Arbeitskraft nicht mehr bewältigen kann. (Zunehmende Anforderungen, z. B. an Kompensation physischer Zerstörung von Arbeitskraft, an staatliches Handeln bei gleichzeitiger Beschränkung der Handlungsbedingungen durch die intensive Nutzung von Arbeitskraft.)

Daran zeigt sich, daß der Staat die Widersprüche der Mehrwertproduktion nicht aufheben kann, sie vielmehr in seinen Lösungsformen erhalten bleiben und im historischen Prozeß im Defizientwerden staatlichen Handelns sichtbar werden. (Wobei sich die „Defizienz“ nicht auf normative Postulate, sondern auf objektive Verwertungserfordernisse bezieht.) Damit erhält aber auch die beschränkte Form der Entwicklung der Produktivkräfte auf der Basis

der Intensivierung der Arbeit eine gesellschaftliche Ausdrucksform, die die weitere Aufrechterhaltung der intensiven Nutzung in ihren gegenwärtigen Erscheinungsformen tendenziell in Frage stellt. Es scheint eine Situation gegeben, in der der Kampf der Arbeiterschaft gegen die bestehenden restriktiven Arbeitsbedingungen nicht nur den Charakter von voluntaristischen Forderungen besitzt, sondern eine objektive Grundlage und politisch-strategische Perspektive erhält.

Die Klärung der Rolle staatlicher sozialpolitischer Reformen bei diesem Kampf erscheint uns dabei weiterhin von zentraler politischer Bedeutung. Von besonderem Interesse ist die Frage, ob und unter welchen Bedingungen der staatliche Eingriff zur Veränderung der intensiven Nutzung von Arbeitskraft selbst ein notwendiger Schritt zur Bewältigung der sich verschärfenden staatlichen Handlungsprobleme wird, umgekehrt die Veränderung der Nutzungsform selbst eine Veränderung bestehender sozialpolitischer Institutionen und Eingriffsformen erfordert. Das würde bedeuten, daß der politische Kampf um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen auch den Kampf um die Reform staatlicher Sozialpolitik einschließt.